

NACHBARSCHAFTSINITIATIVE RATIBORSTRASSE UND UMGEBUNG

Wir, AnwohnerInnen der Ratiborstraße und Umgebung, möchten betonen, dass wir für eine Unterbringung von Geflüchteten sind und uns ihre **INTEGRATION** in unseren Kiez wünschen. Gleichzeitig bedauern wir die Bebauung einer der immer weniger werdenden Grünflächen in Berlin, speziell in einem Innenstadtbezirk, und sind erstaunt, dass ausgerechnet ein derart komplexes Gelände für einen großflächigen Neubau ausgewählt wurde.

Wichtig für uns ist, dass keine der langjährigen NutzerInnen – die bestehenden Gewerbe und der Wagenplatz – durch neue Bebauungspläne von dem Areal verdrängt werden. Das Areal Ratiborstr. 14 hat eine historisch gewachsene Gewerbestruktur, die erhalten werden soll. Für eine langfristige Entwicklung muss ein regulärer Bebauungsplan erstellt werden.

Wir fordern:

Es sollen **keine weiteren (Not)Unterkünfte** nach den aktuell geltenden Vorgaben gebaut werden. Wir fordern Modelle der Unterbringung, die ein **menschenwürdiges Wohnen** für längere Dauer ermöglichen. Dass Geflüchtete schnell andere Wohnungen finden werden, ist bei der schon derzeit äußerst angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt illusorisch. In diesem Sinne fordern wir Senat und Bezirk auf, den im September angekündigten Wechsel von den bisherigen Massenunterkünften für Geflüchtete hin zu **dezentralen und gemischten Wohnkonzepten** bei allen Neubauten zu vollziehen. So auch auf dem Gelände Ratiborstr. 14. Ebenso fordern wir, dass den Geflüchteten sinnvolle Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten geboten werden, z.B. im Mischnutzungsbereich der vorgesehenen Bebauung. Wir wünschen uns und stehen dafür ein, dass Geflüchtete, genauso wie andere, von einer solidarischen Nachbarschaft aufgenommen und unterstützt werden. Dafür jedoch müssen die Anliegen der Nachbarschaft berücksichtigt werden. Wir erwarten, dass sich unsere Forderungen in dem Konzept, das letztendlich umgesetzt wird, wiederfinden.



- 1** Wir lehnen eine Riegelbebauung ab und plädieren für kleinere, einzelne Einheiten, ähnlich wie in Plan B der vom Bezirk in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie.
- 2** Wir wollen die ansässigen Gewerbe und den Wagenplatz erhalten und die Geflüchteten in eine „Kreuzberger Mischung“ integriert wissen.
- 3** Daher plädieren wir für eine Mischform aus Wohnen für Geflüchtete, Gewerbe und bezahlbare Wohnungen für Verdrängungsgefährdete sowie für eine gute Anbindung an die Nachbarschaft - kein Zaun und ähnliche Maßnahmen. Ansätze zu einem berlinweiten Umdenken in dieser Richtung müssen weiterverfolgt werden.
- 4** Wir fordern eine menschenwürdige Unterbringung. Keine Doppelbelegung von Zimmern. Doppelbelegung von Zimmern mit Einzelpersonen bedeutet den langfristigen Entzug eines privaten Rückzugsraums mit den allgemein bekannten negativen Folgen für die Betroffenen und auch für die Nachbarschaft. Beispiele für andere Unterbringungsmöglichkeiten sind andernorts schon entwickelt worden.
- 5** Wir fordern eine Umweltverträglichkeitsstudie im Sinne des Artenschutzes und die Erhaltung unserer Bäume (etwa der naturdenkmalgeschützten Ulme auf dem Gelände Ratiborstr. 14 c; Baumnummer Lwk - C - 38). Besonders fordern wir eine Untersuchung, ob auf dem Gelände der Max Kruppa GmbH (Ratiborstr. 14e) unter Naturschutz stehende Fledermäuse nisten.
- 6** Wir fordern, dass die in der Umgebung weitgehend fehlende Infrastruktur bei diesem Projekt mit bedacht und die Zahl der Wohneinheiten entsprechend angepasst wird. Besonders die Anbindung an Bus und Bahn, Radwege, Parkplätze, Einkaufsmöglichkeiten, Kita- und Schulplätze sind schon jetzt sehr begrenzt.
- 7** In Anbetracht all der genannten, bauplanerisch komplexen Sachverhalte, zweifeln wir sehr daran, ob die in Plan B der Machbarkeitsstudie genannte Zahl von 125 Plätzen für Geflüchtete auf diesem Gelände erreicht werden kann, und fordern Senat und Bezirk auf, die Suche nach Ergänzungsstandorten zu intensivieren.
- 8** Wir fordern, dass die AutorInnen der Machbarkeitsstudie, Frieder Rock und Anna Heilgemeir, offiziell beauftragt werden, weiterhin als Schnittstelle zwischen Politik, NutzerInnen und Nachbarschaft tätig zu werden, um das endgültige Konzept in ständigem Informationsaustausch mit NutzerInnen und AnwohnerInnen zu erarbeiten. Die „Bauhütte“ auf dem Gelände soll als Ort für regelmäßigen Informationsaustausch erhalten bleiben.
- 9** Wir fordern den Senat und den Bezirk dazu auf, Informationsveranstaltungen für die AnwohnerInnen zu organisieren und sie auf dem Laufenden zu halten. Nur so kann ein gemeinschaftliches Projekt entstehen, das gewachsene Strukturen ernst nimmt.
- 10** Wir fordern ein langfristiges Nutzungskonzept, das Wohnen für Geflüchtete und bezahlbaren Wohnraum für Verdrängungsgefährdete schafft, und dabei bestehende Gewerbe- und Grünflächen schützt. Die spätere Umwandlung des Areals in Raum für „Luxuswohnungen durch die Hintertür“ muss ausgeschlossen werden. Die allgemein zugängliche Grünfläche am Ufer muss erhalten bleiben.